

## **Fragen**

**für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages**

**am Mittwoch, dem 17. Dezember 1980**

**am Donnerstag, dem 18. Dezember 1980**

---

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr . . . . .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . . . . .	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . . . .	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . .	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz**

1. Abgeordneter  
**Kuhlwein**  
(SPD)      Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Herstellung und den Vertrieb von Kriegsspielzeug zu verhindern, und welche Schritte dazu hat sie gegebenenfalls eingeleitet?
2. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU)      Mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung bei der Tendenz der Rechtsprechung, auch auf an Studenten vermietete möblierte Zimmer den vollen Kündigungsschutz des § 564 b Abs. 1 bis 6 BGB anzuwenden, insbesondere im Hinblick auf die Bereitschaft des Privatmanns, Wohnraum für Studenten zur Verfügung zu stellen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Bildung und Wissenschaft**

3. Abgeordneter  
**Dr. Jahn**  
(Münster)  
(CDU/CSU)      Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, der Wohnungsnot der Studenten zu begegnen, trifft es insbesondere zu, daß sie die Bundesförderung von Studentenwohnheimen einschränken oder gar einstellen will?

**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

4. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU)      Wie beurteilt die Bundesregierung die im Fernsehen der DDR am 1. Dezember 1980 aufgestellte Behauptung, daß man in der DDR „allein zwischen 1973 und 1978 mit mehr als 6 900 Grenzverletzungen und -provokationen an der Staatsgrenze zur Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise zu West-Berlin konfrontiert“ gewesen sei?
5. Abgeordneter  
**Klein**  
(Dieburg)  
(SPD)      Wie hoch ist nach den Kenntnissen der Bundesregierung der geschätzte Mehraufwand an Elektro- und Heizenergie, der durch die gleitende Arbeitszeit bei Bundesbehörden entsteht, und gedenkt die Bundesregierung darauf hinzuwirken, daß zumindest während der Heizperiode feste Arbeitszeiten – statt der Gleitzeit – vereinbart werden mit dem Ziel, Energie einzusparen?
6. Abgeordneter  
**Regenspurger**  
(CDU/CSU)      Wie haben sich die effektiven Einkommenszuwächse im öffentlichen Dienst in den letzten zehn Jahren im Verhältnis zu den anderen Bereichen entwickelt, und kann daraus der Schluß gezogen werden, daß der öffentliche Dienst besser oder schlechter abgeschnitten hat?
7. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)      Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für geboten, um die ständige Anpassung der kerntechnischen Anlagen an den jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik bei der Planung, der Errichtung und dem Betrieb praktikabel zu gewährleisten, wenn für jede sicherheitsgerichtete Änderung ein zeitraubendes Offenlegungs- und Anhörungsverfahren entsprechend den Beschlüssen von Verwaltungsgerichten (OVG Lüneburg vom 28. August 1980) durchgeführt werden muß?

8. Abgeordneter  
**Dr. Laufs**  
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung ihre Auffassung, das Ausmaß der Strahlenbelastung durch Radonzerfallsprodukte in der Raumluft von Häusern hänge nicht direkt von den empfohlenen Energiesparmaßnahmen des Abdichtens von Fenstern und Türen ab, entsprechend anderslautenden Feststellungen der Strahlenschutzkommission (SSK) im Bundesanzeiger Nr. 208 vom 6. November 1980 korrigieren, und welche konkreten Schlußfolgerungen will die Bundesregierung hinsichtlich ihres erklärten Zieles, die radioaktive Strahlenbelastung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland generell abzusenken, nunmehr aus der SSK-Erkenntnis ziehen, daß die Strahlenexposition der Lunge infolge des erhöhten Radonpegels in Wohnungen erheblich höher als die natürliche Strahlenbelastung aller anderen Organe bzw. Gewebe des menschlichen Körpers ist?
9. Abgeordneter  
**Dr. Kunz**  
(Weiden)  
(CDU/CSU)
- Reichen die bestehenden Strahlenschutzbestimmungen aus, oder ergeben sich aus der höchstgerichtlichen Rechtsprechung — z. B. aus dem sogenannten Grundrechtsschutzurteil des Bundesverfassungsgerichts in der Mülheim-Kärlich-Entscheidung — Folgerungen für eine Verschärfung der Strahlenschutzbestimmungen für Wohngebiete im unmittelbaren Einzugsbereich des geplanten Zentrallagers für schwach — und mittlerradioaktiven Abfall aus Kernkraftwerken in Mitterteich?
10. Abgeordneter  
**Bindig**  
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, sich über die Ergebnisse der Untersuchungen der gemeinsamen Tochtergesellschaft der Esso und der Shell (die Gewerkschaft „Brigitta und Elwerath“) im Bodensee im Januar 1981 ausführlich zu informieren und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorhaben unter dem Aspekt des Schutzes und der Reinhaltung des Bodensees?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen**

11. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD)
- Wie stellt sich die Bundesregierung die Finanzierung des EG-Haushalts 1982 vor angesichts der Tatsache, daß die EG-Kommission die Mehrwertsteuereigenmittel bereits für 1981 um über 50 v. H. steigern will und damit ca. 95 v. H. dieses Plafonds ausschöpfen wird?
12. Abgeordneter  
**Löffler**  
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung den deutschen Beitrag zur Finanzierung der EG im Jahr 1982 in der Annahme, daß keine wesentliche Änderung in der EG-Agrarpolitik eintreten wird und die Zahlungserleichterungen für Großbritannien fortgesetzt werden?
13. Abgeordneter  
**Dr. Corterier**  
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem sogenannten Pilot Project der US-Armee in Karlsruhe, das nach Aussage der US-Armee Auswirkungen für die Zivilbeschäftigten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland haben soll?
14. Abgeordneter  
**Dr. Corterier**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die gefährdeten Arbeitsplätze der Zivilbeschäftigten der US-Armee zu Bedingungen zu erhalten, die dem deutschen Arbeitsrecht entsprechen?

15. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD) In welchem Umgang konnten die Zollämter in den letzten Jahren Postsendungen und Warenlieferungen aus dem Ausland, die NS-Propagandamittel oder Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§§ 86 und 86 a StGB) enthielten, sicherstellen, und aus welchen Ländern kamen diese Sendungen hauptsächlich?
16. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Waren der Bundesregierung bei der Formulierung der Steuerentlastungsgesetze '81 die Verteilungswirkungen bekannt, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 12. September 1980) errechnet hat, wonach ein Fünftel aller Lohnsteuerpflichtigen rund 70 v. H. der Steuerentlastungen erhalten, und kann sie diese Berechnungen bestätigen?
17. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung sozialpolitisch für gerechtfertigt, daß einerseits in vielen Fällen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Schlechtwettergeldbezug und Berufsförderungs- und Umschulungsmaßnahmen wegen der Auswirkungen auf den Lohnsteuerjahresausgleich und auf einkommensabhängige Sozialleistungen für die Berechtigten höhere verfügbare Einkommen zur Folge haben als durchgehende Beschäftigung während eines Kalenderjahrs, während andererseits viele Ernährer von Familien im Falle der Arbeitslosigkeit selbst dann auf Sozialhilfe angewiesen sind, wenn sie vorher überdurchschnittliche Löhne und Gehälter bezogen haben?
18. Abgeordneter **Franke** (CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung für die Zukunft eine Bereinigung der derzeitigen Mißverhältnisse und Ungerechtigkeiten, die nicht nur für die Beitrags- und Steuerzahler unzumutbar sind, sondern auch die Besetzung freier Stellen verzögern, nachdem frühere Zusagen einer Überprüfung ohne Ergebnisse geblieben sind?
19. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Hat die Bundesregierung eine Möglichkeit, Großunternehmen, die Fertigungen aus den Fördergebieten des Bundes in Entwicklungsländer verlagern, die Begünstigung nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz zu versagen, und sieht sie sich in der Lage, falls dies nicht der Fall sein sollte, dem Bundestag eine entsprechende Änderung des Entwicklungshilfesteuergesetzes vorzuschlagen?
20. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die von deutschen Banken federführend aufgelegte Anleihe von 100 Millionen DM zugunsten der Republik Chile?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft**

21. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU) Wie hoch ist das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland, und ist der Bundesregierung bekannt, welchen Beitrag dazu die Hausfrauen geleistet haben?
22. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um die energiepolitische Position der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko zu verbessern und Vertragsabschlüsse über Öllieferungen zu erleichtern?

23. Abgeordneter **Sauer** (Stuttgart) (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, für den Fall einer Energiekrise eine Notstandsplanung auszuarbeiten und diese dem Parlament und der Bevölkerung zugänglich zu machen?
24. Abgeordneter **Sauer** (Stuttgart) (CDU/CSU) Welche vorsorgende Maßnahmen werden im Verantwortungsbereich der Bundesregierung für den Ernstfall vorbereitet, um eine solche Situation im Bereich der privaten Haushalte, der Wirtschaft und der Arbeitsplätze zu mildern?
25. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung hinsichtlich der Verlängerung des Welttextilabkommens bis jetzt unternommen, und was gedenkt sie in der Zukunft zu tun?
26. Abgeordneter **Bindig** (SPD) Ist der Bundesregierung über ihre Mitwirkung in der Internationalen Bodenseekommission bekannt, ob Pressemeldungen (Süddeutsche Zeitung vom 11. Dezember 1980) zutreffen, wonach eine gemeinsame Tochtergesellschaft der Esso und der Shell (die Gewerkschaft „Brigitta und Elwerath“) im Bodensee im Januar 1981 seismische Messungen mit dem Ziel der Ölsuche aufnehmen wird, wer der Auftraggeber für diese Vorhaben ist, und ob gegebenenfalls in welcher kommerziellen Absicht — diese Untersuchungen betrieben werden?
27. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Berechnungen verschiedener Mittelstandsinstitute bekannt, wonach die Kosten der zu erbringenden Hilfsdienste für den Staat in mittelständischen Betrieben den Nettogewinn um 2/5 übersteigen und insgesamt die Belastungsquote mit sinkender Betriebsgröße steigt, und welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus zum Zweck der Entlastung der überproportional belasteten mittelständischen Betriebe ziehen, nachdem auch die Kirchen einen finanziellen Beitrag an den Staat für den Einzug der Kirchensteuer leisten müssen?
28. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Berechnungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Köln und des Mittelstandsinstituts Niedersachsen-Bremen bekannt, wonach die kostenlos zu erbringenden Hilfsdienste für den Staat (das Ausfüllen von Statistiken, die Errechnung der Lohn- und Kirchensteuer u. a.) bei Industriebetrieben mit Jahresumsätzen bis zu 2 Millionen DM bei 3,5 v. H. des Umsatzes liegen, ein Industriebetrieb im Durchschnitt 2 676 Stunden jährlich Hilfsdienste zu erbringen hat, was 1,5 Arbeitskräfte mit 230 Arbeitstagen zu je acht Stunden entspricht, in einem durchschnittlichen Handwerksbetrieb 1977 der Nettogewinn bei nur 3/5 der im Jahr angefallenen Bürokratiekosten lag und insgesamt die Belastungsquote mit sinkender Betriebsgröße steigt, und wie gedenkt die Bundesregierung, die überproportional belasteten mittelständischen Betriebe zu entschädigen?
29. Abgeordneter **Tietjen** (SPD) In welcher Höhe sind welche Objekte in Niedersachsen aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes gefördert worden, und wie beurteilt die Bundesregierung die damit verbundene Arbeitsplatzschaffung bzw. -stabilisierung in Niedersachsen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

30. Abgeordneter  
**Kroll-Schlüter**  
(CDU/CSU)      Gibt es überhaupt keine Möglichkeit mehr, im Interesse der Verbraucher und der Landwirte auch in diesem Jahr verbilligte Weihnachtsbutter anzubieten?
31. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch nach ihren Erkenntnissen die Preise für Dieselöl in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – brutto und nach Abzug der Mineralölsteuervergütung sind?
32. Abgeordneter  
**Eigen**  
(CDU/CSU)      Welche Maßnahmen leitet die Bundesregierung ein, um sicherzustellen, daß der Zuckerbedarf für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft 1981/1982 gedeckt werden kann, und wie hoch sind derzeit die Weltmarktpreise für Zucker im Verhältnis zu dem Marktordnungszuckerpreis in der Europäischen Gemeinschaft?
33. Abgeordnete  
**Frau  
Simonis**  
(SPD)      Trifft es zu, daß andere EG-Staaten höhere Dosen von Pharmaka dem Futter beimischen, als dies nach der EG-Höchstmengenverordnung zulässig und in der Bundesrepublik Deutschland gestattet ist, und kann die Bundesregierung bejahendenfalls Zahlenmaterial über die Überschreitungen bekanntgeben bzw. erklären, warum solche Nahrungsprodukte in die Bundesrepublik Deutschland importiert werden dürfen?
34. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)      Welche Wettbewerbsvorteile gegenüber der deutschen Landwirtschaft hat im EG-Raum die Landwirtschaft anderer Mitgliedstaaten bei der Fleischinsbesondere aber Schweineproduktion, und wann wird die Bundesregierung der deutschen Landwirtschaft zu den gleichen Wettbewerbschancen verhelfen, wie sie z. B. die niederländische Landwirtschaft hat?
35. Abgeordneter  
**Stutzer**  
(CDU/CSU)      Warum gibt es keine wirksame Importkontrolle, die es ausschließt, daß landwirtschaftliche Produkte aus anderen Ländern eingeführt werden, die unter Mißachtung der für die deutsche Landwirtschaft bindenden Vorschriften, die dem Schutz des Verbrauchers dienen, erzeugt wurden, und wann wird die Bundesregierung die damit verbundenen Wettbewerbsnachteile für die deutschen Erzeuger beseitigen?
36. Abgeordneter  
**Stiegler**  
(SPD)      Hat sich nach Auffassung der Bundesregierung das Dorferneuerungsprogramm im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen bewährt, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, das Dorferneuerungsprogramm generell in der Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ auch für die Zukunft fortzuschreiben?

### Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

37. Abgeordneter  
**Regenspürger**  
(CDU/CSU)      Hält es die Bundesregierung für richtig und klug, daß Mitglieder der Bundesregierung „Lohnleitlinien“ in Form von Prozentangaben vor Beginn der Tarifverhandlungen vorgeben?
38. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Trifft es zu, daß von den Rentenneuzugängen der Arbeiterrentenversicherung (ArV) im Jahr 1979 56,7 v. H. wegen Berufsunfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit aus dem Arbeitsprozeß vorzeitig ausgeschieden sind, und wenn ja, worauf führt die Bundesregierung diese zunehmende Entwicklung zurück, wenn es zutrifft, daß 1970 52,5 v. H. und 1975 42,2 v. H. der Rentenneuzugänge wegen BU/EU aus dem Erwerbsleben vorzeitig ausgeschieden sind?
39. Abgeordneter  
**Horstmeier**  
(CDU/CSU)      Ist der Bundesregierung bekannt, daß es in der landwirtschaftlichen Altershilfe, wenn im Fall einer Ehescheidung die Eigenschaft des landwirtschaftlichen Unternehmers wechselt, keine Möglichkeit gibt, die geleisteten Beitragszeiten auf den nachfolgenden landwirtschaftlichen Unternehmer zu übertragen, und wenn ja, schlägt die Bundesregierung eine Änderung vor?

### Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

40. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)      Dienen die Erklärung weiter Gebiete westlich der Oder zu Sperrgebieten auch für die westalliierten Militärmissionen sowie die Einberufung von Reservisten zur DDR-Armee nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Vorbereitung einer Militäraktion der Warschauer-Paktstaaten gegen die Volksrepublik Polen, oder welche Zwecke verfolgen DDR und Sowjetunion sonst mit diesen Maßnahmen?
41. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach prominente Radsportler ihren Wohnsitz nach Berlin verlegten, um auf diese Weise nicht zum Wehrdienst herangezogen zu werden, und falls ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß damit das Wehrpflichtgesetz von Spitzenportlern unterlaufen wird?
42. Abgeordneter  
**Biehle**  
(CDU/CSU)      Trifft die in der „Abendpost Nachtausgabe“ vom 4. Dezember 1980 veröffentlichte Meldung zu, wonach u. a. die Spitzensportler Haritz und Kraft nicht zur Bundeswehr einberufen wurden, weil sie nie einen entsprechenden Bescheid erhielten, und wie begründen gegebenenfalls die zuständigen Kreiswehrrersatzämter ein solches Verhalten?
43. Abgeordneter  
**Dr. Schacht-  
schabel**  
(SPD)      Liegen Erkenntnisse vor, daß die US-Armee in Kasernen oder Depots im Raum Mannheim biologische und/oder chemische Kampfstoffe lagert?

44. Abgeordneter  
**Dr. Schacht-  
schabel**  
(SPD) Falls diese Stoffe gelagert werden, geschieht dies mit Billigung der Bundesregierung, und welche Maßnahmen sind getroffen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit**

45. Abgeordneter  
**Dr. Rumpf**  
(FDP) Trifft es zu, daß es über die „verschiedenen Gifte“ in einem Nahrungsmittel – z. B. Brot – keine staatliche Grundlagenforschung gibt, wie in der Fernsehsendung „Bilanz“ vom 10. Dezember 1980 behauptet wurde?
46. Abgeordneter  
**Dr. Rumpf**  
(FDP) Aus welchem Grund enthält der Ernährungsbericht 1980 keine Angaben über zuviel Gift im Salat, wie „Bilanz“ berichtet, nachdem laut Ernährungsbericht 1976 30 v. H. aller Salatproben zuviel Gift enthalten, und ist der Bundesregierung bekannt, welche Ergebnisse seither Stichprobenuntersuchungen hatten?
47. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU) Gibt es noch Fälle, gegebenenfalls Übergangsfälle, in denen nach dem Bundeskindergeldgesetz Leistungen für ständig im Ausland lebende Kinder an in Deutschland lebende Elternteile gezahlt werden?
48. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Hersteller von Scherzartikeln (z. B. Stinkbomben) in dem deutschen Text Gefahrenhinweise viel allgemeiner und verharmlosender ausdrücken, als in dem auf der gleichen Packung aufgedruckten Hinweisen in englischer Sprache?
49. Abgeordneter  
**Dr. Klejdzinski**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß der englische Text deutliche Hinweise auf Giftigkeit, Erste Hilfe, notwendigen Arztbesuch bzw. Aufbewahrung außerhalb der Reichweite von Kindern enthält, während der deutsche Text sich auf den Hinweis „Vorsicht! bei Verschlucken gesundheitsschädlich“ beschränkt?
50. Abgeordneter  
**Purps**  
(SPD) Trifft es zu, daß die Erklärungshinweise bei Scherzartikeln sich nur an geforderten nationalen Vorschriften orientieren?
51. Abgeordneter  
**Purps**  
(SPD) Erwägt die Bundesregierung gesetzgeberische Maßnahmen, um Kinder vor solchen Gefährdungen zu schützen und Hersteller zu veranlassen, umfassend über die Gefährlichkeit ihrer Produkte zu informieren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr**

52. Abgeordneter  
**Magin**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß mit der seit vielen Jahren diskutierten Elektrifizierung der Strecke der Deutschen Bundesbahn Schifferstadt-Germersheim-Wörth-Karlsruhe zur Integration in das elektrische Streckennetz bald begonnen wird, und welche Kosten wird die Elektrifizierung dieser Strecke aus heutiger Sicht verursachen?

53. Abgeordneter  
**Dr. Jobst**  
(CDU/CSU) Stimmt die Bundesregierung Berichten über Erfahrungen mit den hochgesetzten Bremsleuchten an Kraftfahrzeugen zu, wonach diese Leuchten unter Kraftfahrern Nervosität auslösen und daher mehr schaden als nutzen, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu unternehmen?
54. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Verkauf zusätzlicher Bremsleuchten neue Umsatzrekorde erreicht und der ADAC nach nunmehr vorliegenden ersten Erfahrungen und Tests Bedenken anmeldet, und auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die zusätzlichen Bremsleuchten keine negativen Wirkungen zeigen können?
55. Abgeordneter  
**Dr. Kübler**  
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung insbesondere eine einheitliche Regelung in dem Sinne herbeizuführen, daß zusätzliche Bremsleuchten entweder grundsätzlich eingeführt werden oder grundsätzlich verboten sein sollen?
56. Abgeordnete  
**Frau  
Simonis**  
(SPD) Treffen Berichte zu („Die Welt“ vom 28. November 1980), nach denen allein in Schleswig-Holstein 52 Haltepunkte und kleinere Bahnhöfe sowie 15 Fahrkartenschalter aus Rationalisierungsgründen geschlossen werden bzw. — wie im Kieler Raum — bereits zehn Haltestellen und weitere elf demnächst aufgehoben werden, und wie ist bejahendenfalls nach Ansicht der Bundesregierung bei einer solchen Entwicklung zu verhindern, daß noch mehr Bürger vom schienengebundenen Verkehr auf den schon aus energiepolitischen Gründen nicht begrüßenwerten privaten Pkw-Verkehr umsteigen?
57. Abgeordnete  
**Frau  
Pack**  
(CDU/CSU) Treffen Zeitungsberichte zu (Süddeutsche Zeitung vom 8. Dezember 1980), wonach die Bundesregierung erwägt, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen beim Saarausbau eine Denkpause einzulegen und z. B. die Mittel für den vergabereifen Bau der Staustufe Serrig und Mettlach zu strecken?
58. Abgeordnete  
**Frau  
Pack**  
(CDU/CSU) Sind bei der Bundesregierung Überlegungen im Gange, aus Finanzgründen den Ausbau der Saar über das Jahr 1985 hinaus zu strecken?
59. Abgeordneter  
**Conrad  
(Riegelsberg)**  
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der zügige Ausbau der Saar zu einer Großschiffahrtsstraße eine wesentliche Voraussetzung zur Restrukturierung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie darstellt?
60. Abgeordneter  
**Ganz  
(St. Wendel)**  
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß angesichts der sich abzeichnenden konjunkturellen Verschlechterung die eventuelle Zurücknahme der beabsichtigten Investition für den Ausbau der Saar gerade im strukturschwachen Saarland eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarkts bedeuten würde?
61. Abgeordneter  
**Müller  
(Wadern)**  
(CDU/CSU) Strebt die Bundesregierung an, das am 28. März 1974 zwischen der Bundesregierung und den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland abgeschlossene Verwaltungsabkommen über den Ausbau der Saar zwischen Saarbrücken und der Mündung abzuändern?

62. Abgeordneter  
**Müller**  
(Wadern)  
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei ihren eventuellen Plänen zur Streckung des Saarausbaus berücksichtigt, daß sich für den Saarausbau in Frage kommende Firmen kapazitätsmäßig auf die Gesamtmaßnahmen eingestellt haben und die Verzögerung der Baumaßnahmen diese Firmen vor ganz erhebliche Auslastungsprobleme stellen würde?
63. Abgeordneter  
**Hoffie**  
(FDP)
- Welche Konsequenzen – insbesondere im Hinblick auf das Investitionsengagement des Bundes – ergeben sich aus der Sicht der Bundesregierung für die deutschen Verkehrsflughäfen aus der Feststellung des Bundesverkehrsministers, daß für die Bundesrepublik Deutschland ein internationaler Großflughafen genüge?
64. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)
- Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, im Bundesgebiet wieder Spikesreifen zuzulassen, zumindest im Rettungswesen oder sogar generell?
65. Abgeordneter  
**Sauter**  
(Epfendorf)  
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es neu entwickelte Spikes gibt, die wesentlich weniger Gewicht haben als die herkömmlichen, kunststoffummantelt sind und so wesentlich weniger Straßenschäden anrichten, und wenn ja, beeinflußt diese neue Entwicklung die Entscheidung der Bundesregierung in für die Einführung positivem Sinn?
66. Abgeordneter  
**Börnsen**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung Verbesserungen der Informationsträger beim Transport gefährlicher Güter für notwendig, und ist gegebenenfalls geplant, insbesondere die Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung stärker zu nutzen, um Informationen über Eigenschaften der Güter oder Maßnahmen bei Schadensfällen bedarfsgerecht und kurzfristig zu erhalten bzw. verarbeiten zu können?
67. Abgeordneter  
**Börnsen**  
(SPD)
- Plant der Bundesverkehrsminister, möglicherweise in Abstimmung mit anderen Forschungseinrichtungen, wie z. B. der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, die Erarbeitung einer Projektliste mit Prioritätensetzung von Forschungsvorhaben mit dem Ziel der Steigerung der Verkehrssicherheit beim Transport gefährlicher Güter zu formulieren und zu vergeben, und wenn ja, wann wird eine solche Liste vorliegen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen**

68. Abgeordneter  
**Pfeffermann**  
(CDU/CSU)
- Welche Hinderungsgründe bestehen für die Deutsche Bundespost, ähnlich den Banken bei Überweisungen für karitative oder gemeinnützige Einrichtungen oder vergleichbare Hilfsorganisationen eine Gebührenbefreiung vorzunehmen, und welche Einnahmeausfälle wären gegebenenfalls damit verbunden?
69. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang haben sich Postbeamte am Streik wegen des Schichtdienstes beteiligt, und was hat der Bundespostminister als Disziplinarvorgesetzter gegen die Betroffenen unternommen?

70. Abgeordneter  
**Dr. Friedmann**  
(CDU/CSU)      Trifft es zu, daß sich der Bundespostminister gegenüber der Deutschen Postgewerkschaft bereit erklärt hat, gerichtliche Verfahren, die von Präsidenten der Oberpostdirektionen wegen erheblicher rechtswidrigerer Behinderungen des Post- und Fernmeldebetriebs durch Streikmaßnahmen eingeleitet worden sind, zurückzunehmen, und wer trägt gegebenenfalls die Kosten?
71. Abgeordneter  
**Dr. Solms**  
(FDP)      Inwieweit ist es der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost bemüht ist, ihr Dienstleistungsangebot z. B. durch Fahrkartenverkauf am Postschalter weiter auszudehnen?
72. Abgeordneter  
**Dr. Solms**  
(FDP)      Befürwortet sie die derzeit laufenden Betriebsversuche und Überlegungen mit dieser Zielsetzung unter Berücksichtigung der daraus erwachsenden Beeinträchtigung mittelständischer Unternehmen, beispielsweise aus der Reisebürobranche, oder des gesamten privaten Dienstleistungsgewerbes?
73. Abgeordneter  
**Niegel**  
(CDU/CSU)      Ist die Bundesregierung bereit, ähnlich dem kostenfreien Notruf an öffentlichen Fernsprechern, eine solche Regelung auch für Notruftelefone auf Bundesstraßen zu treffen, damit den Trägern (z. B. Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger e. V.), die im Interesse von Lebensgefährdeten handeln, keine unzumutbaren Aufwendungen für Einrichtung und Betrieb dieser Notruftelefone entstehen?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

74. Abgeordneter  
**Dr.-Ing. Laermann**  
(FDP)      Ist die Bundesregierung bereit, eine Ergänzung des Bundesbaugesetzes dahin gehend vorzunehmen, daß die Errichtung von privaten Windenergieanlagen zulässig wird, und ist sie auch bereit, auf entsprechende Änderungen der Landesbauordnungen hinzuwirken?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen**

75. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU)      Um wieviel Prozent ist der Besucherverkehr im grenznahen Verkehr, in Berlin (West) bzw. im längeren Touristen- und Besucherverkehr in die „DDR“ zurückgegangen seit die „DDR“ den Zwangsumtausch erhöht hat?
76. Abgeordneter  
**Lintner**  
(CDU/CSU)      Wie hoch wären die Deviseneinnahmen der „DDR“ aus den Straßenbenutzungsgebühren im Monat November 1980 gewesen, wenn man die Besucherzahlen von November 1980 und die vor der Pauschalierung geltenden Gebühren zugrundelegt?
77. Abgeordneter  
**Dr. Hennig**  
(CDU/CSU)      Wann hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen der Berlin-Abteilung seines Hauses während seiner Amtszeit Besuche abgestattet?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und  
des Bundeskanzleramtes**

78. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD)      Treffen Presseberichte zu („Die Welt“ vom 7. November 1980), wonach die Bundesregierung sich be- reiterklärt hat, dem Waffenhändler Gerhard Mertins fünf Millionen D-Mark zu zahlen, um seine Ansprü- che aus Waffenlieferungen, die mit Hilfe des Bundes- nachrichtendienstes getätigt wurden, abzugelten?
79. Abgeordneter  
**Hansen**  
(SPD)      Trifft es zu, daß dieses „Arrangement“ geheim vor dem Oberlandesgericht Köln unter Ausschluß des Protokollführers getroffen wurde, und wie verein- bart sich eine solche Regelung gegebenenfalls mit den Vorschriften der Zivilprozeßordnung?
80. Abgeordneter  
**Kirschner**  
(SPD)      Treffen Zeitungsberichte zu („Die Welt“ vom 7. November 1980, „Express“ vom 20. November 1980, „Metall“ vom 3. Dezember 1980), wonach der als Waffenhändler bekannt gewordene Chef der Firma Merex-AG, Gerhard Mertins, 5 Milli- onen DM aus der Staatskasse als sogenannte Wie- dergutmachung erhalten hat, weil er in einem frühe- ren Prozeß wegen illegaler Rüstungsgeschäfte „diffamiert“ worden sei, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung gegenüber der Zeitschrift „Metall“ eine Stellungnahme dazu abgelehnt?
81. Abgeordneter  
**Jäger**  
(Wangen)  
(CDU/CSU)      Hat der Ständige Vertreter der Bundesregierung in der DDR, Staatssekretär Gaus, zu irgend einem Zeitpunkt während seiner Amtszeit durch Zusage, Inaussichtstellung oder auf andere Weise der DDR- Regierung signalisiert, daß in der Frage der einen deutschen Staatsangehörigkeit oder in der Frage der besonderen innerdeutschen Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland die Bundesregierung zu Entgegenkommen bereit sein könnte, oder daß er sie zu Entgegenkommen ver- anlassen werde, die von der bisherigen Rechtslage abweichen, die im Urteil des Bundesverfassungs- gerichts vom 31. März 1973 niedergelegt ist?
82. Abgeordneter  
**Dr. Schwarz-  
Schilling**  
(CDU/CSU)      Hat der Planungsstab des Bundeskanzleramts Sorge um das Sendemonopol der öffentlichen Rundfunk- anstalten in der Bundesrepublik Deutschland, und sieht er private Programmgestalter als „Hugenbergs“ an, und wird die Bundesregierung auf Grund dieser Betrachtungsweise alle juristischen und technischen Möglichkeiten zur Abwehr privater Programme aus- schöpfen und damit gleichzeitig in Kauf nehmen, daß der Grundsatz des „free-flow-of-informations“ über die nationalen Grenzen hinweg eingeschränkt bzw. zerstört wird?
83. Abgeordneter  
**Dr. Schwarz-  
Schilling**  
(CDU/CSU)      Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß der Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt, Albrecht Müller, unter Anspielung auf die Änderung des luxemburgischen Außenministers Gaston Thorn bezüglich der Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf das Satellitenfernsehen gegenüber Luxemburg die Befürworter des Kabel- und Sa- tellitenfernsehens mit Personen des Dritten Reichs verglich bzw. gleichstellte, indem er die folgenden

Äußerungen tätigte: „Sie stünden den Nazis jedenfalls näher als die andere Seite des Hauses“ (Zitat des früheren Bundesministers Alex Möller) und „Wir haben Sorge, daß sich dann zwar nicht die Goebbels aber die „Hugenbergs“ in unserem Rundfunksystem breit machen“, und finden diese Äußerungen die Billigung des Bundesaußenministers?

### Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

84. Abgeordneter  
**Dr. Hupka**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Anträge auf Absage der polnischen Staatsangehörigkeit von der polnischen Botschaft erst nach Ablauf von fünf Jahren behandelt werden, und ist sie bereit dahin gehend zu wirken, daß Aussiedler aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße nicht über einen so langen Zeitraum von der Volksrepublik Polen entgegen ihrem Willen als polnische Staatsangehörige in Anspruch genommen werden?
85. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung auf Grund der Aktivitäten der Botschaft der Regierung der Volksrepublik Polen für zweckmäßig bzw. für geboten, daß der deutsche Botschafter in Warschau den deutschen Rechtsstandpunkt über den Status der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße entsprechend der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts sowohl der polnischen Regierung als auch der polnischen Öffentlichkeit klarlegt?
86. Abgeordneter  
**Sauer**  
(Salzgitter)  
(CDU/CSU) Hat der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik Polen die Möglichkeit – so wie es der Botschafter der Volksrepublik Polen in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert – in öffentlichen Veranstaltungen in Polen den deutschen Rechtsstandpunkt über den Status der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße darzulegen, und wenn ja, bei welchen Gelegenheiten und wo ist dies im Jahr 1980 erfolgt?
87. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung den Vorwurf des Außenministers Czyrek der Volksrepublik Polen, daß sie Buchstaben und Geist des Warschauer Vertrags untergrabe (Nachrichtenspiegel I vom 7. Dezember 1980), zurückgewiesen und auf der vertragstreuen Auslegung dieses Vertrags durch die Volksrepublik Polen beharrt?
88. Abgeordneter  
**Dr. Czaja**  
(CDU/CSU) Vor welcher „deutschen Sonderrolle“ zwischen Ost und West warnte Bundesminister Genscher beim „Jahresessen“ der Berliner Pressekonferenz (Nachrichtenspiegel I vom 9. Dezember 1980)?
89. Abgeordneter  
**Jagoda**  
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Ergebnisse des Anfang Dezember in Prag von Fachleuten aus der UdSSR, Ungarn, Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei sowie der DDR abgehaltenen internationalen Symposions über das Thema „Die Menschen- und Bürgerrechte in der gegenwärtigen Welt“, das sich nach einer Meldung von Radio Prag auch mit der Kritik der „bürgerlichen Konzeptionen in diesem Bereich und mit der bürgerlichen Strategie der Menschenrechte in den internationalen Bereichen“ befaßt hat, und wenn ja, welche?

90. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die Warnungen von seiten unserer westlichen Verbündeten bekannt, die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjets zu finanzieren?
91. Abgeordneter  
**Dr. Voss**  
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher getan, und was gedenkt sie zu veranlassen, um Fehlentwicklungen vorzubeugen?
92. Abgeordneter  
**Klein**  
(München)  
(CDU/CSU) Welche Gründe haben dazu geführt, daß der Bundesaußenminister den Vertreter der Demokratischen Turnhallen-Allianz von Südwestafrika/Namibia, Dirk Mudge, bei dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland – entgegen öffentlichen Ankündigungen – nicht empfangen hat, während Ende November der Vertreter der „SWAPO“, Sam Nujoma, vom Bundesaußenminister empfangen worden war?
93. Abgeordneter  
**Klein**  
(München)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die „SWAPO“ bei der Bundesregierung dagegen protestiert hat, daß der Vertreter der Demokratischen Turnhallen-Allianz, Dirk Mudge, vom Bundesaußenminister empfangen wird, und was hat der Bundesminister getan, um dem Anschein vorzubeugen, das Nichtzustandekommen seines Treffens mit Herrn Mudge sei ein Ergebnis des von der „SWAPO“ ausgeübten Drucks?
94. Abgeordneter  
**Reddemann**  
(CDU/CSU) Sind die Spannungen zwischen der Republik Argentinien und der Republik Chile nach Ansicht der Bundesregierung so zurückgegangen, daß das Gebiet der beiden Staaten nicht mehr als Spannungsbereich gilt?
95. Abgeordneter  
**Dreßler**  
(SPD) Was waren die Gründe, die die Bundesregierung in der vorigen Woche bewogen haben, anlässlich der Beschlußfassung über eine Entschließung zur Verurteilung des Regimes in El Salvador durch die Vereinten Nationen sich der Stimme zu enthalten?
96. Abgeordneter  
**Coppik**  
(SPD) Trifft es zu, daß Frankreich in den letzten Monaten 26 Kampfflugzeuge Alpha-Jet aus der deutsch-französischen Gemeinschaftsproduktion an den Irak geliefert hat, und wenn ja, wie vereinbart sich diese Lieferung mit dem deutsch-französischen Kooperationsabkommen und – da sich der Irak im Krieg befindet – mit den Grundsätzen der Bundesregierung, keine deutschen Waffen in Spannungsbereiche zu liefern?
97. Abgeordneter  
**Gerster**  
(Mainz)  
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bei der Vermittlung von deutschen Lehrern im Ausland ca. 90 v. H. Gymnasiallehrer und nur ca. 10 v. H. Realschullehrer berücksichtigt werden, und ist dieses Verhältnis darauf zurückzuführen, daß über die Einsatzmöglichkeiten von Realschullehrern im Ausland bisher zu wenig bekannt geworden ist?

Bonn, den 12. Dezember 1980



